

Gegen Verbrechen und Terror

Für ein sicheres Leben der Bürger in ihrem Staat
Eine literarische Erinnerung anlässlich des Jahrestages des MfS
Gerhard Jaap

Der sächsische Kabarettist und Erfinder der Wörter „Ostalgie“ Uwe Steinle blickte kürzlich in die Vergangenheit und meinte: „Wir haben die DDR erlebt wir bestimmen, wie es gewesen ist. Und wie wir heute sind.“ Ein Satz dessen Inhalt die sogenannten ewigen „Sieger der Geschichte“ vollkommen anders sehen werden.

Hans Becker Diplomkriminalist und Oberstleutnant a. D. wäre aber mit dieser Aussage voll einverstanden. Er hat jetzt ein Buch vorgelegt in dem er von seiner Tätigkeit als Kriminalist in den Diensten des MfS berichtet. Wer seine Lebenserinnerungen liest sieht die Arbeit jener Leute die sich um die Sicherheit ihres Landes kümmerten vielleicht in einem anderen Licht.

Als ehemaliger Kriminalist der Volkspolizei in der BDVP Halle, wo er in der Morduntersuchungskommission arbeitete und späterer Leiter eines Referates der Hauptabteilung IX/7 des Ministeriums für Staatssicherheit gehörte er zu den erfahrensten Kriminalisten der DDR.

Dr. Erardo C. Rautenberg damals Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg schrieb 2011 dass der Bundesgerichtshof in einer Entscheidung aus dem Jahr 1994 als „allgemeinkundig“ bezeichnet hat „dass Richter der DDR zumal in den letzten Jahren bei der Aburteilung von Taten der gewöhnlichen Kriminalität insbesondere von Kapitaldelikten eine Tätigkeit entfaltet haben die mit dem Wirken von Richtern in der Bundesrepublik Deutschland insofern vergleichbar war als unter den gegebenen Bedingungen die Verwirklichung von Gerechtigkeit angestrebt wurde“. Auch hätten „die Staatsanwälte der DDR bei der Ahndung gewöhnlicher Kriminalität mitgewirkt und damit zum Schutz der Menschen vor solcher Kriminalität beigetragen“. Und der aus westlichen Landesteilen stammende Rautenberg ist der Meinung „dass Kriminalisten Staatsanwälte und Richter in der DDR nicht nur politisch agiert sondern auch anerkennenswerte Strafverfolgung betrieben haben“.

Das beweist Hans Becker mit seinem Buch. Er hat sein ganzes Berufsleben für die Sicherheit des Landes und seiner Bürger gearbeitet und berichtet nun in 49 Kapiteln daraus. Von der frühen Kindheit über den Besuch des Lehrgangs an der Kriminalschule in Arnsdorf von seinen

ersten Dienstjahren in Halle bis zu herausragenden Kriminalfällen – nach seinem Wechsel ins Ministerium für Staatssicherheit, wo er dann umgangssprachlich formuliert als Chef der Mordermittlung sehr erfolgreich agierte. Die gesamte Kriminalgeschichte der DDR weht so durch seine lebendigen Berichte.

Die Liste der von ihm bearbeiteten Fälle ist lang: Die Eisenbahnkatastrophe von Langenweddingen 1967 die Knabenmorde von Eberswalde 1969 und 1971 der grausame Mord an seiner Ehefrau durch einen Personenschützer des MfS bei Wandlitz 1971 der Knabenmörder von Borgsdorf und Neubrandenburg 1983 und 1984 der sich als ein NVA-Feldwebel entpuppte.

Dazu kommen durchaus politisch gefärbte Ereignisse die das ganze Können von Hans Becker erforderten. Dort ging es um führende Vertreter der DDR: ein tödlicher Verkehrsunfall mit fünf Toten u. a. des Ministers für Land- Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR Georg Ewald 1973 der mysteriöse Tod des DDR-Finanzministers Böhm und seiner Ehefrau 1980 und der bewaffnete Angriff auf ein Fahrzeug der Sicherungsgruppe Honecker in Klosterfelde nördlich von Wandlitz Ende 1982. Ein Fall der damals schon in der Westpresse als Attentat auf Erich Honecker hochgespielt wurde. Eine Legende die sich bis heute hält.

Bezeichnend eine Episode aus seinem Buch. Hans Becker wurde nach der „Wende“ zu einer Vernehmung vorgeladen in der man ihm bedeutete, dass er in den Akten den Sachverhalt zum Anschlag in Klosterfelde falsch dargestellt hatte. Er sollte nicht protokolliert haben, dass der Angreifer durch einen Personenschützer erschossen wurde. In einer zweiten Vernehmung nun mit Rechtsanwalt gab Hans Becker zu Protokoll: „Wenn mir heute auf Befragen mitgeteilt wird dass die von mir erstellte Akte über die Untersuchung des Vorfalls vorhanden ist dass die Seiten der Akte fortlaufend nummeriert sind und dass das Tatortuntersuchungsprotokoll das Sektionsprotokoll die Protokolle über die waffentechnischen Untersuchungen der Tatwaffe die Protokolle der Aussagen der Einwohner von Klosterfelde die gesehen haben dass sich E. selbst erschoss in der Akte vorhanden sind

empfehle ich die Akte zu lesen und zu begreifen.“ Dann verließ der Kriminalist Hans Becker mit seinem Rechtsbeistand die wohl verdatterten neuen Ermittler die die „Regierungskriminalität“ zu untersuchen hatten. In Wirklichkeit hatten sie aber nur einen Auftrag nämlich mit allen Mitteln zu beweisen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war.

Die unabhängige bundesdeutsche Justiz hatte ja nach dem politischen Willen der Kohl-Regierung natürlich ganz rechtsstaatlich die Aufgabe zugeteilt bekommen das „DDR-Unrecht“ streng zu verfolgen. Sie scheiterte aber kläglich. 75.000 Ermittlungen standen 753 Urteilen gegenüber. Was für eine Blamage!

Der Fall des NVA-Feldwebels Mario Stiebitz bei dem Hans Becker ebenfalls ermittelte ist insofern interessant als nach dem 3. Oktober 1990 die Verurteilung des Serienmörders nach dem Strafgesetzbuch der DDR nicht beanstandet werden konnte. Der Verurteilte hätte auch in der alten BRD wegen grausamen und heimtückischen Mordes zur Befriedigung des Geschlechtstriebes in fünf Fällen sowie versuchten Mordes in einem weiteren Fall eine lebenslange Gesamtfreiheitsstrafe zu erwarten gehabt – ergab die Prüfung des Urteils, „obwohl“ das Ermittlungsverfahren vom MfS geführt wurde Militärstaatsanwälte die Anklage erhoben und Militärrichter das Urteil fällten.

Der Report von Hans Becker weist ihn als verdienstvolle Person der Zeitgeschichte aus der zu vielen herausragenden Wissenschaftlern der DDR enge Arbeitsbeziehungen pflegte. Genannt werden sollen der weltberühmte Gerichtsmediziner Prof. Dr. Otto Prokop der ehemalige Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin der Humboldt-Universität zu Berlin und der Gerichtspsychiater und forensische Psychologe Prof. Dr. Hans Szewczyk von der Nervenklinik der Charité. Im Fall der Eberswalder Knabenmorde erarbeitete Szewczyk das erste Täterprofil der Welt. Aber alle Welt redet nur davon, dass das „Profiling“ in den USA vom FBI erfunden wurde. Selbst solche Leute die es besser wissen müssten plappern diesen Unsinn nach. Aber das gehört eben auch zur „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“.

Hans Becker ist zu danken, dass er den unvoreingenommenen Leser zu neuen Einsichten verholfen hat. Chapeau!

Hans Becker:
Der Sonderermittler. Als Kriminalist in
Diensten des MfS
edition berolina Berlin 2020 345 S. 20 Euro
ISBN 9783958411128

Gelebte Völkerfreundschaft

In unserer vorigen Ausgabe berichteten wir vom Spendenauftrag unseres ISOR Mitgliedes Rainer Rupp. Er hatte im Gespräch mit RT-deutsch zur Solidarität mit den noch lebenden Veteranen der Roten Armee des Großen Vaterländischen Krieges aufgerufen und unter der Überschrift „Der Schoß ist noch fruchtbar ...“ auf die Notwendigkeit einer Veränderung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Russland verwiesen. Zur Vorgeschichte dieses Spendenauftrages ist anzumerken, dass der Verein Offiziere Russlands in der BRD in Verbindung mit dem Fallschirmjäger-Traditionsverband Ost e.V. bereits Anfang des Jahres 2020 in dieser Hinsicht aktiv war. Dieser Spendenauftrag Rainer Rupps erlangte noch einmal mobilisierende Wirkung als er gemeinsam mit dem OKV kurz vor den Weihnachtsfeiertagen in die Vereine und Verbände des Ostdeutschen Kuratoriums getragen wurde.

Der vorläufige Abschluss dieser Spendenaktion (es gehen immer noch Spenden bei der Glinka-Gesellschaft ein) wurde mit einer Veranstaltung am 5. Januar am sowjetischen Ehrenmahl in Berlin-Tiergarten mit der Übergabe eines Spendenschecks von mehr als 100.200 Euro verbunden. Der Vertreter des Vereins Offiziere Russlands in der BRD Oleg Jeremenko betonte in seiner Begrüßungsrede es sei eine gute Tradition, dass junge Menschen den Älteren zu den Weihnachtsfeiertagen ein ehrendes Geschenk darbringen. Diese Spende sei nicht nur für die Veteranen der Roten Armee gedacht, sondern sie beziehe auch russische Menschen ein die als Kinder von den Faschisten in Konzentrations-

lager verbracht worden waren. Oleg Jeremenko erinnerte an die siegreichen Kämpfe der Roten Armee bei der Verteidigung Leningrads der Schlacht um Stalingrad sowie der Verteidigung



von Moskau. Die damit verbundene Ehrung der gefallenen Rotarmisten schloss den Wunsch nach Frieden und Völkerfreundschaft ein. In der Rede des Präsidenten des OKV Dr. Matthias Werner wurde die Forderung nach einer Veränderung der bundesdeutschen Außenpolitik gegenüber Russland noch einmal herausgestellt:

„Wir die Vertreter des Kuratoriums der Ostdeutschen Vereine und deren Sympathisanten stehen stellvertretend für viele Vereine Organisationen und Bürger Deutschlands Österreichs und der Schweiz die zu dem Spendenergebnis beigetragen haben. Dank gilt den vielen die

diese Initiative aufgegriffen verbreitet und zu deren Ergebnis beigetragen haben.“

Beendigung von Sanktionen für Frieden mit Russland Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus – dieses Signal soll heute von dem Platz ausgehen.“

Der vollständige Redetext kann auf der Internetseite www.ISOR-Sozialverein.de/Aktuelles eingesehen werden. Oleg Jeremenko ehrte Vereine Verbände und Einzelpersonen mit einem Dankschreiben und einer Gedenkmedaille die bei dieser Spendenaktion mit herausragenden Spenden in Erscheinung getreten waren. Dazu zählt auch unser Verein. Viele TIG und Einzelmitglieder haben sich an dieser Spendenaktion beteiligt.

Mit der Veranstaltung am sowjetischen Ehrenmahl wurde auch deutlich welche Möglichkeiten kurzfristig erschlossen werden konnten um eine solche Spendensumme zusammen zu bringen. Das OKV hat im Zusammenwirken mit dem Verein Offiziere Russlands in der BRD gezeigt über welche Potenzen wir verfügen, wenn es darum geht solidarische und Völker verbindende Aktivitäten zu organisieren und diese auch öffentlichkeitswirksam zu gestalten.

In den Reden wurde der heldenhafte und aufopferungsvolle Kampf der Sowjetunion bei der Befreiung der Heimat und der Völker Europas vom Faschismus nicht nur gewürdigt, sondern auch die Notwendigkeit hervorgehoben im Kampf um die Erhaltung des Friedens und den damit verbundenen Bemühungen für ein gutes Verhältnis zu Russland nicht nachzulassen.

Lothar Schlüter

Sie ehren am 10. Januar Liebknecht und Luxemburg und werden verprügelt

Diese Demonstration immer am zweiten Sonntag im Jahr hat eine über 100 Jahre währende Tradition.

Der Landesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE plädierte zwar für ein „stilles Gedenken“ im März, aber trotzdem kamen 3000 Menschen diszipliniert zu den Gräbern von Rosa und Karl um zu zeigen wie wichtig ihnen die Erinnerung an die Ermordung der Arbeiterführer an diesem Tag ist.

Weit vor Beginn der Demonstration legten Berlinerinnen und Berliner friedlich Blumen in der Gedenkstätte der Sozialisten ab und gedachten Karl und Rosa. Zur Zeit dieser Aufnahme etwa 10:30 Uhr prügeln Polizeibeamte am Frankfurter Tor auf die bis dahin friedlichen Demonstranten ein. Objekt der Begierde waren Fahnen und Symbole der FDJ. Auf Grund ihrer politischen Weitsicht erkannten die Behelmten des „rot (!)-rot grünen“ Senats im FDJ-Symbol etwas Illegales.

Die Sprecherin des LL-Bündnisses Ellen Brombacher wies darauf hin, dass die Begründung der Polizei, die FDJ-Symbolik sei verbo-

ten, „nichtig“ sei. Die FDJ und somit auch ihre Symbole seien nur auf dem Gebiet der alten BRD verboten. Als Berliner Polizist sollte man wissen, dass die Stadtteile Friedrichshain und Lichtenberg zur Hauptstadt der DDR gehörten und somit nicht unter dieses westdeutsche Verbot fallen. Es ist schon sehr erstaunlich was

unter einem solchen Senat in Berlin möglich ist. Da hat wohl einer die Memoiren von Gustav Noske gefunden. Na ja, war ja auch SPD. So ein brutales Vorgehen der Staatsmacht hat es wohl seit Adenauers antikommunistischer Politik nicht gegeben.

Text und Foto Wilfried Steinfath



Gedenken – Erinnern – Mahnen – Warnen

Worte/Attribute, die für den 2. Sonntag im Januar stehen. Der Tag, an dem traditionell in Berlin der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit dem Gedenkmarsch vom Frankfurter Tor zur Gedenkstätte in Friedrichsfelde gedacht wird.

Dieses Jahr war eine Anreise aus Chemnitz nicht möglich. Trotz alledem: Auch in Chemnitz wurde Karl und Rosa gedacht.

Sowohl am 10. als auch am 15. Januar – dem Tag der Ermordung von Karl und Rosa im Jahre 1919 – wurde an vielen Orten der beiden ermordeten Arbeiterführer gedacht.

Am 10. hatten Mitglieder von ISOR zum Gedenken von Karl und Rosa an dem Gedenkstein von Richard Sorge an der Hohe Straße aufgerufen. Ausgangspunkt für das Gedenken an diesen Ort ist die Verbundenheit mit dem Kommunisten und Aufklärer Richard Sorge, insbesondere jedoch dem geschuldet, dass Peter Blechschmidt einen konkreten geschichtlichen Zusammenhang zwischen Richard Sorge, Rosa Luxemburg und Chemnitz nachweisen konnte.

Die Arbeiterbewegung von Chemnitz stand jahrelang in der Tradition von Rosa Luxemburg.

Ein darüber hinaus behaltenes Vermächtnis ist das unermüdliche Auftreten von Rosa Luxemburg mit Karl Liebknecht an ihrer Seite gegen die drohende Kriegsgefahr. Nach dem Parteitag der SPD 1912 in Chemnitz an mehreren Veranstaltungsorten in Schöna, zu dessen

Eröffnung Tausende von Arbeiterinnen und Arbeiter strömten, bereiste Rosa Luxemburg weitere Sozialistenkongresse, um vor dem be-



vorstehenden Krieg zu warnen. Sie selbst hatte zwar eine Delegiertenkarte zu diesem Parteitag, nahm aber wegen Erkrankung in Chemnitz nicht teil.

Sie wirkte 1914 an einer feierlichen Verpflichtung mit, bei Ausbruch eines Krieges zum Generalstreik aufzurufen und rief auf vielen Veranstaltungen zur Kriegsdienst – und Befehlsverweigerung auf.

Lenin verwies auf die beispielgebende Resolution des Chemnitzer Parteitages und des Außerordentlichen Baseler Sozialistenkongresses im gleichen Jahr und nahm das Verhalten der II. Internationale nach dem Ausbruch des Krieges als „himmelschreiende Gegensatz“ stark unter Beschuss.

Rosa Luxemburg wurde für ihre Aktivitäten zu insgesamt 14 Monaten Haft verurteilt und musste sie im Berliner Weibergefängnis antreten. Dieser Haft folgte eine „Sicherungsverwahrung“ aufgrund eines Schutzaufgesetzes zur „Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches“.

Richard Sorge setzte sich in den 1920er Jahren im Raum Solingen aktiv für die Verbreitung des Marxismus in der KPD ein, u.a. mit einer Schrift über Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“ für die Arbeit in der KPD ein. Er verwies ebenfalls mit Dringlichkeit auf eine neue Kriegsgefahr und warnte vor einem Lügenfeldzug als direkte Vorbereitung darauf. Der KPD-Landtagsabgeordnete Oskar Plenge verwies in seinem Vorwort zu dieser Schrift von Richard

Sorge ausdrücklich auf die Ermordung von Karl und Rosa mit der deren Leistungen und Zielen in Vergessenheit geraten sollten.

Oskar Plenge war auch mit Kurt Kretschmar und Willy Mehlhorn 1933 Teilnehmer einer illegalen Beratung der KPD Bezirksleitung Sachsen, auf der eine Neugliederung des KPD-Bezirks als Konsequenz aus der Machtübernahme der Nazis in den Bezirksleitungen Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau – Plauen veranlasst wurde.

Somit wären wir auch mit Richard Sorge bei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht somit in Chemnitz einer der linken Hochburg mit einer starken Arbeiterbewegung in Sachsen.

P. B.

Aus der Postmappe

Hiermit möchte ich unserem Vorsitzenden Genossen Parton herzlich für den Leitartikel danken. Ich sehe die Ausführungen als richtungsweisend für 2021 an. Über einen Satz bin ich dann gestolpert. Genosse Parton sagt: „Aus einer TIG wurde angeregt zu überlegen, ob eine geordnete Auflösung der ISOR erfolgen sollte.“ Begründung, der Kampf um die Rentengerechtigkeit sei abgeschlossen. Nun kenne ich die TIG nicht staune aber, dass es hier Genossen gibt, die meinen, einschätzen zu können, wann dieser Kampf abgeschlossen ist. Liebe Genossen, lest den Leitartikel vom Genossen Parton in **ISOR-aktuell** 01 2021.

ISOR versteht sich zu Recht als Solidarverein. Das Anliegen dieser TIG ist unsolidarisch und egoistisch. Ich vermisse, dass die Akteure bereits vom Kampf der ISOR profitiert haben und meinen, nun ist gut.

Tausende Mitglieder, die immer Vertrauen in ISOR hatten und heute noch haben, würden wieder mal in ein dunkles Loch sehen und enttäuscht sein. Das können wir als ISOR so nicht hinnehmen. Es steht jedem frei, aus ISOR auszutreten, selbst die Auflösung einer TIG ist möglich. Ich durfte das in Berlin-Hohenschönhausen schmerzlich erfahren. Ein Neuaufbau braucht Jahre. Aber ISOR als Ganzes in Frage zu stellen, ist für mich eine Unmöglichkeit. Ich hoffe, dass der Vorstand dieser TIG so viel Mut hat, sich in ISOR-aktuell öffentlich zu erklären.

Wilfried Steinfath Vorsitzender TIG Berlin-Weißensee II/Hohenschönhausen

*

Mit politischen Mitteln kämpfen und rechtlich argumentieren

Gelegentlich wird man immer wieder in Diskussionsrunden einbezogen, auf denen oft der Standpunkt vertreten wird, dass sich das Fortbestehen der ISOR wegen der erfolgten Zurück-

weisung unserer Verfassungsbeschwerde durch das Bundesverfassungsgericht erübriggt habe und der politische Kampf kaum Erfolg versprechend sei. Ich möchte dazu auch auf diesem Wege meine Meinung sagen:

Jeder politische Kampf verfolgt, wenn er denn nicht in einem propagandistischen Wortgeplänkel enden soll, immer eine klare politische Zielstellung mit einer unmissverständlichen Begründung. Fragt man, worin unsere Zielstellung besteht, gibt es nur eine Antwort: Um unsere erworbenen Rechtsansprüche durchzusetzen! Aus diesen beiden Seiten der politischen Aktivitäten und rechtlichen Begründungen ergibt sich das Grundanliegen unseres Kampfes. Beide Seiten müssen als eine sich wechselseitig bedingende Einheit verstanden und praktiziert werden. Nur von einem politischen Kampf zu sprechen, weil die bestehenden Rechtszüge über die vorgeschriebenen gerichtlichen Instanzen ausgeschöpft sind, heißt doch nicht, dass wir unser rechtliches Anliegen aufgegeben haben. Im Gegenteil.

Unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, sie auf einer komplexeren Ebene fortzusetzen und gewissermaßen eine zweite Runde einzuleiten. Dabei geht es darum, uns an gesellschaftliche Einrichtungen, Persönlichkeiten und staatliche Instanzen zu wenden, um sie gewissermaßen mit einzubeziehen. So sollten wir anstreben, sie dazu zu bewegen die diesbezüglichen rechtswidrigen Entscheidungen der Gerichte zurückzunehmen zu lassen und sie neu zu bedenken.

Wir sollten die gegenwärtig gegebene Rechtssituation so sehen, dass man unsere

Rechtsansprüche bisher nur deshalb verweigern konnte, weil sich die Gerichte der Gegenseite rechtswidriger Entscheidungen bedient haben. Wenn es uns gelänge, dass unser Bemühen auch das Verständnis und vielleicht sogar die Unterstützung anderer betroffener und progressiver Kreise erreicht, würde es öffentlich als eine breite zustimmende Resonanz wahrgenommen, was für den Erfolg unserer Bemühungen von immenser Bedeutung wäre.

Wir können uns glücklich schätzen, dass diese kurz skizzierte Rechtsauffassung von

einem der hervorragenden Juristen der Bundesrepublik, Prof. Dr. Dr. Merten, in einem wissenschaftlichen Gutachten überzeugend begründet wurde, die er der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Er gibt uns damit ein Dokument in die Hand, das mit rechtlich fairen Mitteln nicht widerlegt und zurückgewiesen werden kann.

Eine solche Chance, es in unserem Kampf in unserer „zweiten Runde“ nicht optimal zu nutzen, wäre unverantwortlich!

Doc Dr. jur. Heinz Günther

Bei anderen gelesen

»In dem Moment hab' ich gedacht, hier läuft etwas schief«

Christian Y. Schmidt ist Schriftsteller und Journalist. Von 1989 bis 1995 war er Redakteur der Satirezeitschrift *Titanic*. Er arbeitet als freier Autor für verschiedene Tages- und Wochenzeitungen und hat einige Bücher über China verfasst. Seit 2003 lebt Christian Y. Schmidt zusammen mit seiner aus Beijing stammenden Frau vor allem in Ostasien, anfangs in Singapur und seit 2005 in Beijing. 2018 ist sein erster Roman »Der letzte Huelsenbeck« erschienen, 2020 die Erzählung »Der kleine Herr Tod «sowie der Bericht »Corona Updates Beijing«. Zusammen mit der Künstlerin Veronika Radulovic hat Schmidt die Aktion #CoronaToteSichtbarMachen initiiert, in deren Rahmen in verschiedenen bundesdeutschen Städten Kerzen im Gedenken an die an oder mit Covid-19 Verstorbenen aufgestellt werden.

Über die Rückkehr aus China nach Berlin zu Beginn der Pandemie und Versäumnisse im Kampf gegen das Virus hierzulande.

Ein Gespräch mit Christian Y. Schmidt

Sie sind Schriftsteller, China-Kenner, wohnen mit Ihrer Frau seit mehr als 15 Jahren in Beijing. Wie lebt es sich eigentlich in einem Land, das in Deutschland gemeinhin als kommunistische Diktatur gilt?

Gut (lacht). Ja es regiert da die Kommunistische Partei. Aber ich würde das Land nicht als kommunistische Diktatur bezeichnen. Eher als sozialdemokratische allerdings mit ziemlich wenig Demokratie. Natürlich hat die Partei da das Sagen und eine echte Opposition gibt es nicht. Ich glaube, den meisten, vor allen Dingen den Ausländern, dürfte auf den ersten Blick kein großer Unterschied auffallen. Erst recht nicht im Alltag in den großen Städten, weil der dem unseren doch recht ähnlich ist. Das Essen ist allerdings besser. Nach bisherigem Informationsstand ist die Covid-19-Pandemie im chinesischen Wuhan ausgebrochen. Obwohl sich Hinweise mehren, dass der erste Patient eine Italienerin war.

Bleiben wir aber bei China. Wie haben Sie den Beginn der Pandemie dort wahrgenommen?

Meine Frau und ich haben im Dezember 2019 im Süden in der Provinz Jiangxi Urlaub gemacht. Wir hatten damals bereits gehört, dass es in Wuhan eine neue Lungenkrankheit gäbe. Details allerdings gab es nicht. Am 3. Januar sind wir dann mit dem Hochgeschwindigkeitszug nach Beijing zurückgefahren. Der Zug hat auch in Wuhan gehalten und dort sind natürlich auch einige Leute aus der Stadt in unseren Waggon gestiegen. Später haben wir gedacht: Da hätten wir uns schon anstecken können, denn damals war das Virus ja schon in Wuhan unterwegs. Es war aber noch nicht die Rede davon, dass das Virus ansteckend ist. Also haben wir

uns keine Sorgen gemacht. Als wir dann wieder in Beijing waren, kam die Krankheit weiter sporadisch in den Nachrichten vor, aber das klang alles nicht so schlimm. Dramatisch wurde es erst ab dem 20. Januar. Da erklärte die Regierung, dass es sich um eine ansteckende Seuche handeln würde. Zhong Nanshan, der berühmteste Virologe Chinas, der die erste SARS-Epidemie 2003 erfolgreich zum Erliegen gebracht hatte, war nach Wuhan geschickt worden. Er erkannte sofort, dass das Virus hoch ansteckend ist und erklärte das in einer Pressekonferenz. Ab diesem Moment hat die Regierung reagiert. Drei Tage später am 23. Januar wurde Wuhan bereits dichtgemacht. Und dann gab's bei uns in Beijing auch schon bald Maßnahmen. Wir hatten sowieso Glück. Wegen des chinesischen Neujahrsfestes war Beijing praktisch schon vorher dicht: Büros, Fabriken, die meisten Restaurants Bars usw. Alle Leute von außerhalb waren zu ihren Familien in die Provinz gefahren. Trotzdem wurde jetzt auch das geschlossen was noch offen war, die Museen beispielsweise. Geöffnet blieben nur noch Supermärkte, Apotheken und Drogeriemärkte. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir in Beijing noch keine 100 Fälle.

Und wie fanden Sie das?

Das fand ich gut. Schließlich ging es um die Sicherheit der Bevölkerung und man hatte kaum Kenntnisse über diese neue Infektionskrankheit. Trotzdem ist sofort klar kommuniziert worden, dass es dringenden Handlungsbedarf gebe. Auf Bannern, die in der Öffentlichkeit aufgehängt waren, wurden die Menschen aufgefordert, Masken zu tragen, ihre Wohnung verstärkt zu lüften und regelmäßig die Hände zu waschen und diese möglichst auch zu desinfizieren. Dazu der Appell: Hört auf die Wissenschaft und nicht auf irgendwelche Gerüchte. Und man konnte sehen, dass die Leute das ernst nahmen. Wir hatten keinen Lockdown wie in Wuhan, trotzdem ging kaum noch einer auf die Straße. Anders als zurzeit in Deutschland, war es in Beijing nicht verpflichtend, im Supermarkt eine Mund Nasen-Bedeckung zu tragen. Es haben aber trotzdem fast alle gemacht. Selbst auf der Straße trugen bald 85 bis 90 Prozent der Menschen eine Maske. Weil den Leuten einfach klar war, dass das vernünftig ist. Es war dann auch sehr schnell so, dass alle, die irgendwo einen Eingang zu bewachen hatten, also zum Beispiel Rezeptionisten in Büro- oder Hochhäusern oder die Kontrolleure an den Zugängen zur U-Bahn, schnell mit elektronischen Fieberthermometern ausgestattet wurden. Diese haben dann bei jedem die Temperatur am Handgelenk gemessen. Das gleiche in Parks, die alle ein Tor haben und von Parkwächtern betreut werden. Und wer nur etwas erhöhte Temperatur hatte, wurde aufgefordert, sich testen zu lassen. Sofort wurden auch die Nachbarschaftskomitees mobilisiert. Das sind die Graswurzelorganisationen der Kommunistischen Partei. Deinen Mitglieder gingen von Wohnung zu Wohnung, fragten, ob alle gesund seien und verteilten Handzettel mit Informationen. Gleichzeitig haben sie halb Beijing durchdesinfiziert, die öffentlichen Toiletten in der Altstadt die Nahverkehrsmittel usw.

Sie sind dann Mitte Februar nach Deutschland geflogen. Welche Erfahrungen haben Sie da gemacht?

Ich bin am 12. Februar nach Berlin geflogen, das war der letzte Direktflug von Beijing nach Berlin. Im Flugzeug hatten wir alle noch Masken auf, neun Stunden lang. Manche hatten sich sogar Schutzkleidung aus Müllsäcken gebastelt. Ein gespenstischer Flug. Und dann kamen wir in Tegel an - und niemand interessierte sich für uns. Es gab keine Tests, keine Desinfektion, keine Quarantäne. Alle rund 250 Leute, die in diesem Flugzeug waren, sind ausgestiegen, haben ihre Masken in den Müll geworfen und sind in die Stadt spaziert. In dem Moment hab' ich gedacht, hier läuft etwas schief.

Inwiefern?

Wir sind ja nicht die ersten gewesen, die aus China nach Deutschland geflogen sind. Das hatten ja schon Tausende vor uns gemacht auch ohne jeglichen Gesundheitscheck. Da war mir klar, dass das Virus schon längst in Berlin unterwegs war. Damals wusste man doch schon, dass auch Leute ohne Symptome ansteckend sein können. Ich habe dann angefangen, die Leute hier auf Facebook vor dem zu warnen, was auf uns zukommen würde. Am 27. Februar zum Beispiel habe ich ein langes Posting verfasst und begründet, warum man in öffentlichen geschlossenen Räumen eine Maske tragen sollte. Das war übrigens derselbe Tag, an dem der Virologe Christian Drosten in einem seiner ersten Podcasts das Tragen von Alltagsmasken noch für überflüssig erklärte. Wahrscheinlich, weil es zu diesem Zeitpunkt praktisch keine Masken in Deutschland gab. Hier war stets behauptet worden die chinesische Regierung, also die Kommunistische Partei, hätte überhaupt nicht reagiert. Die Gefahr würde geleugnet, es würde repressiv gegen Ärzte vorgegangen die vor diesem neuartigen Virus gewarnt hatten.

Wer lügt denn nun?

Keine Frage: Zu Beginn der Pandemie sind sicher Fehler gemacht worden. Das ist nicht zu bestreiten. Aber anfangs wusste man ja auch kaum etwas über das Virus. Und natürlich wollte niemand die Bevölkerung unnötig in Panik versetzen. Als sich dann langsam die Gefährlichkeit des Virus herauskristallisierte, haben die lokalen Behörden trotzdem versucht, die Gefahr herunterzuspielen und Kritiker mundtot zu machen. Auch das kann keiner bezweifeln. Da hatten die Lokalpolitiker offenbar Angst, gegenüber der Zentralregierung schlecht dazustehen. Doch als das Ausmaß der Epidemie endlich klar war, wurde gehandelt. Das war am 20. Januar. Spätestens am 23. Januar, als dann der Lockdown über Wuhan verhängt wurde – einer Stadt mit elf Millionen Einwohnern – war vollkommen klar, das wird extrem ernst genommen. Selbst wenn die chinesische Regierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht die WHO über das Virus informiert gehabt hätte – was sie bereits am 31. Dezember getan hatte – hätte jetzt jeder Regierung auf der Welt klar sein müssen, dass diese Epidemie keine Übung ist sondern gefährlicher Ernst. Spätestens am 23. Januar hätten auch bei der deutschen Regierung sämtliche Alarmglocken schrillen müssen. Aber Jens Spahn erzählte am selben Tag in den »Tagesthemen«: »Der Verlauf hier, das Infektionsgeschehen ist deutlich milder als wir es bei der Grippe sehen.« Irre.

Nun haben Sie ja gesagt, dass die chinesische Regierung nach kurzen Startschwierigkeiten durchaus sehr entschlossen gegen die Virusverbreitung vorgegangen ist. Was kann Deutschland von China in Sachen Pandemiebekämpfung lernen?

Bestimmte Dinge sind nicht so einfach wie in China zu machen, zum Beispiel aufgrund von Datenschutzbestimmungen. Aber hat die Tatsache, dass Deutschland eine Demokratie ist, die Bundesregierung daran gehindert genügend Masken zu bevorraten? Gibt es hierzulande Vorschriften die es den Regierungen nicht erlauben, die Gesundheitsämter mit genügend Personal und Geld auszustatten, damit sie auch am Wochenende

korrekte Infektionszahlen melden können? Hindert das Grundgesetz Deutschland daran, ankommende Passagiere auf den Flughäfen zu testen und im Zweifel eine überwachte Quarantäne zu verhängen? In China muss man zum Beispiel im Moment 14 Tage in Quarantäne, wenn man aus dem Ausland einreist. Die findet in Hotels statt in denen man das Zimmer nicht verlassen darf. Das könnte man doch auch in Deutschland machen. Da hätte dann sogar das Hotelgewerbe etwas davon, das gerade schwer unter der Pandemie leidet. Das und zig andere Maßnahmen hätte man von China übernehmen können ohne, dass die Demokratie Schaden genommen hätte.

Warum glauben Sie, ist das nicht geschehen?

Ich denke das hat viele Gründe. Zum einen hält sich ja auch diese Bundesregierung weitgehend an das neoliberalen Credo, dass sich der Staat möglichst wenig eimischen sollte, auch nicht in das Gesundheitswesen. Man denkt nur daran, dass Jens Spahn kurz vor Pandemiebeginn noch Krankenhäuser schließen lassen wollte und an die ganze Privatisierungs-politik der Bundesregierung. Wer an so was glaubt, reagiert natürlich zu spät. Zum anderen liegt es wohl an dem, was Mark Siemons in der FAZ »zivilisatorische Kränkung« genannt hat; eine Kränkung die man hierzulande empfindet, weil sich China und andere asiatische Gesellschaften bei der Pandemiebekämpfung als überlegen erwiesen haben. Wenn man die chinesischen Maßnahmen oder auch die anderer asiatischer Staaten übernehmen würde, würde man diese Überlegenheit anerkennen. Das tun aber die Gekränkten nicht, sondern verlegen sich lieber darauf zu leugnen, dass die Bekämpfung der Pandemie in China tatsächlich besser läuft. Einerseits wird gesagt, dass China besser dastünde, weil es eine Diktatur sei und dass man in Deutschland eben nicht die gleichen Maßnahmen ergreifen könnte wie in China, weil halt Demokratie usw. Und wenn man dann die Maßnahmen aufzählt, die man auch in Deutschland ergreifen könnte, wird Zuflucht dazu genommen, dass die chinesischen Zahlen sowieso nicht stimmen würden und reine Propaganda seien. Dass sich aber diese beiden Argumente widersprechen, realisieren die, die sie anführen gar nicht.

In Deutschland sorgen die staatlichen Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie auch für entschiedenen Widerspruch. Es gibt viele, die die Gefährlichkeit des Virus leugnen und in den letzten Monaten eine Art Wanderzirkus quer durch die Bundesrepublik veranstaltet haben. Trotzdem dürfte es sich bestenfalls um eine lautstarke Minderheit handeln. Wie erklären Sie sich diese Faktenfreiheit in deren Aussagen, die Wissenschaftsfeindlichkeit und dieses ausgeprägte Bedürfnis, Realität zu leugnen oder für eigene Propagandazwecke umzudeuten?

Also erst einmal ist es natürlich absurd, wenn diese Leute behaupten, sie seien so etwas wie eine Opposition. Man darf nie vergessen, dass man anfangs die Bundes- und Landesregierungen zu den Maßnahmen mehr oder weniger zwingen musste. Die haben sich doch gegen jeden einzelnen Schritt mit aller Kraft gesträubt um »der Wirtschaft« nicht zu schaden. Und zweitens hat es solche Leute wohl in jeder Pandemie gegeben. Schon zu Zeiten der Pest waren Menschen unterwegs, die entweder behauptet haben, die Seuche gäbe es nicht, das Sterben hätte andere Gründe oder die auf dem Vulkan getanzt haben, Partys gemacht und Orgien gefeiert. Es gibt offensichtlich einen Bevölkerungsanteil, der für Irrationales empfänglich ist. Dann gibt es natürlich die, die das für ihre Zwecke benutzen wie etwa die AfD oder die ganzen Hardcorenazis, die auf den Zug schnell aufgesprungen sind, um Propaganda zu machen und Leute zu rekrutieren. Nazis, die jetzt mit dem Grundgesetz unter dem Arm rumlaufen. Das konnte man sich vor kurzem nicht ausdenken. Und dann nimmt auch noch das halbe Esoterik- und Anthroposophenspektrum an den Protesten der »Querdenker« teil. Das ist in Deutschland nach '68 wieder stärker geworden und bildete dann auch einen Teil der Ursuppe, aus der die Grünen entstanden sind. Da gab und gibt es Überschneidun-

gen mit linken Ansätzen. Esoteriker fanden sich mit Hippies und auf der anderen Seite auch mit ehemaligen K-Gruppenmitgliedern zusammen. Ein wichtiger Grund für die Existenz der »Querdenkerbewegung« in Deutschland ist aber auch, dass zu Beginn der Pandemie seitens der Bundesregierung schlecht und widersprüchlich kommuniziert worden ist. Wenn man zum Beispiel zuerst sagt, Alltagsmasken seien kontraproduktiv, um sie dann ein paar Wochen später in Supermärkten vorzuschreiben, muss man sich nicht wundern, wenn die Leute einem nichts mehr und stattdessen allen möglichen Quatsch glauben. Es gab einmal Zeiten, in denen sich die Linke der Aufklärung verschrieben hatte. Wenn ich mir jetzt jedoch anschau, wie viele Personen, die sich selbst für links gehalten haben oder sogar noch immer halten, sich den »Querdenkern« zugehörig fühlen, spürt man davon nichts mehr. Besonders erschreckend finde ich, wie schnell auch Werte wie internationale Solidarität und Humanismus über Bord geworfen wurden, wenn man die Gleichgültigkeit betrachtet mit der hier Tote in Kauf genommen werden oder auch die statistisch dokumentierte Übersterblichkeit gelegnet wird.

Wie nehmen Sie derlei wahr?

Wie gesagt, auch das hat es in der Linken leider immer gegeben. Aber es ist trotzdem natürlich immer wieder tragisch, wenn man älter wird und dabei zusehen muss, wie einige Leute plötzlich kippen. Statt sich mit dem Kapitalismus und seinen Exzessen auseinanderzusetzen, wittern sie eine große Weltverschwörung. Dass alle Regierungen, egal welcher politischen Ausrichtung, gegen das Virus vorgehen, interessiert diese Leute dann gar nicht mehr. Dabei sind es natürlich vor allem rechte Regierungen, wie in Brasilien oder die des bald ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, die die Virusbekämpfung für überflüssig halten. Dass vermeintliche Linke sich in diese Gesellschaft begeben, ist unverzeihlich.

Gemeinsam mit der Künstlerin Veronika Radulovic haben Sie deshalb die Aktion #CoronaToteSichtbarMachen initiiert, bei der Sie dazu aufrufen,

im öffentlichen Raum Kerzen im Gedenken an die verstorbenen Pandemieopfer aufzustellen.

Wir wollen mit unserer Aktion unter anderem Bilder produzieren. Uns ist aufgefallen, dass vor allem während der ersten Welle von den Medien doch sehr detailliert berichtet wurde, wie schrecklich die Situation im Ausland ist. Am Anfang in China. Dann in Bergamo in Spanien bis hin zu New York. Es gab viele erschütternde Bilder und ausführliche Berichte. Als dann klar wurde, dass es Deutschland nicht so hart erwischt, hat man sich hier gegenseitig auf die Schultern geklopft, wie toll man die Pandemie doch im Griff hätte. Dann kam die zweite Welle und plötzlich hatten wir Sterberaten, die die in Italien Spanien oder Frankreich übertrafen haben. Da kam dann zunächst kaum noch etwas in den Medien. Nur diese Wasserstandsmeldung jeden Morgen, die immer größere Zahl der Coronatoten, immer nach der Zahl der Neuinfizierten, immer verbunden mit Konjunktionen wie »außerdem« oder »zudem«, als sei das etwas Belangloses. Ende Dezember und Anfang Januar waren es immer wieder über tausend Menschen, die als an Corona verstorben gemeldet wurden innerhalb von 24 Stunden. Eine unfassbar hohe Zahl. Trotzdem kamen die Leute hinter diesen Zahlen und ihre Geschichten in den Medien so gut wie gar nicht vor. Das wollten wir mit unserer Initiative ändern. Wir wollten zeigen, dass auch hier Kranke in großer Zahl sterben und das mit dem Aufstellen von Kerzen visualisieren. Die »Querdenker« produzieren mit ihren Aufmärschen starke Bilder, die dann in den Medien kommen. Dem wollen wir etwas entgegensetzen. Mir persönlich geht es auch darum, Druck auf die Politik auszuüben damit die endlich anfängt, die Pandemie ernsthaft und systematisch zu bekämpfen.

Interview: Markus Bernhardt

jW Sonnabend/Sonntag 16./17. Januar 2021 Nr. 013
(Mit freundlicher Genehmigung)

*

Zwischenruf

So steht es in der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation: „**Zwangarbeit**“ ist „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.“

Und ein Lexikon der 1990-er Jahre erklärt dazu: „In diktatorisch regierten Staaten wurde und wird Z. als Machtmittel missbraucht um Menschen aus polit., ideolog. oder wirtschaftl. Gründen zu unterwerfen.“ (Wo auch sonst?)

Im Propagandarummel zum Jahreswechsel über den Abschluss von Verträgen zwischen der bösen VR China und der Hüterin von Menschenrechten, abgekürzt EU, verweist letztere mit ihrem tausende Kilometer reichenden Finger auf die genannte Art von Arbeit die „Rotchina“ (frühere und wohl bald wieder alleingültige Bezeichnung des Landes durch den im Vollbesitz seiner definitiven Macht befindlichen „Westen“) für ungehorsame Untertanen bereit halte. Die westeuropäische Nahsichtbrille zeigt dagegen, dass es in Deutschland so etwas gar nicht geben kann oder könnte oder wenn, dann nur ein bisschen, weil die Z. im Artikel 12 des Grundgesetzes verboten ist. Man darf also niemanden „zu einer bestimmten Arbeit“ zwingen. Und deshalb folgere man messerscharf...

Zum Beispiel verbieten unerbittlich und allerstengstens die übersichtlichen und klaren Festlegungen in den Hartz-IV-Bestimmungen, dass niemand sanktioniert werden darf, wenn er eine ihm wie auch immer zugemutete Arbeit nicht akzeptiert. So geht Recht und Gesetz!

Ich höre gerade einen Ruf von der Seite, dass der letzte Absatz falsch ist.

Na und? Hauptsache, das mit den Chinesen stimmt.

w. k.

*

Im Januar 1943 vor 78 Jahren wurde eine erste Bresche in die Blockade und eine schmale Verbindung Leningrads ins Hinterland geschlagen. Die endgültige Befreiung dieser Stadt dauerte noch bis 1944.

Leningrad ist frei – Und soll es bleiben.

„An einen etwa 10jährigen Jungen in Cottbus“

Diesen derartig adressierten Brief erhielt ich in meiner Schule als ich nach einem Briefkontakt aus der Sowjetunion fragte. Brieffreundschaften zwischen Jugendlichen aus der DDR und der UdSSR waren häufig. Ich schrieb mich von der 5. Bis zur 12. Klasse mit einem Mädchen die Interesse an der Entwicklung der Stadt hatte. Ihr Vater war als Pilot mit seiner Einheit schließlich in Cottbus stationiert. Er der aktiv an den Luftkämpfen zur Befreiung Warschaus teilgenommen und dafür einen hohen polnischen Orden erhalten hatte blieb einige Jahre in Cottbus dadurch wurde seine Tochter 1948 zu einer Cottbuserin. Sie interessierte sich für ihre Geburtsstadt und so hielt unsere Korrespondenz angesichts des konkreten Themas sieben Jahre, bis ich 1967 nach dem Abitur nach Leningrad eingeladen wurde und dort drei Wochen in der Familie verbrachte.

Der Vater hatte noch eine Schwester die die Blockade Leningrads überlebt hatte, während die übrige Familie verhungert war. Eines Tages wurden wir in ihr Gartenhäuschen am Rande der Stadt am „Weg des Lebens“ eingeladen.

Dieser Weg war ein schmaler Pfad durch eine Gartenanlage in dessen Mitte mannshohe Pflänze standen. Sie waren zur Blockadezeit zwischen 1941 und 1943 der eine Million Menschen zum Opfer fiel bei Nacht und Schnee eine Orientierung, wenn diese kleine lebenswichtige

Ader in und aus der Stadt lebendig wurde und einen seidenen Verbindungsseidenfaden ins Hinterland ermöglichte. Nach dem Willen der deutschen Faschisten sollte diese Stadt, die als „Venedig des Nordens“ galt ausgehungert werden.

Vor dem Besuch dieser Schwester und Tante meiner Brieffreundin wurde mir gesagt, dass sie sich unter dem Eindruck des Erlebten geschworen hat, nie einem Deutschen die Hand zu geben oder mit ihm an einem Tisch zu sitzen, sie aber nichts dagegen habe, dass wir sie besuchen. Der Bruder und eine Freundin meiner Briefpartnerin begleiteten uns.

Der Weg dorthin war für mich beklemmend. Wie wird der Besuch ablaufen? Mein Wissen und die Dokumentationen über das Kriegsverbrechen, das Angehörige meines Volkes auch gegen diese herrliche Stadt und ihre Bewohner beginnen, bewegte meine Gedanken und erzeugten ein beklemmendes Gefühl, das ein ganz anderes war, als wenn ich mir diese schrecklichen Bilder in Büchern oder Filmen angesehen hatte.

Und dann standen wir an der Gartenpforte. Die Gastgeberin, eine mittelgroße schlanke Frau kam uns entgegen. Sie blieb kurz vor mir stehen neigte den Kopf seitwärts zur Begrüßung und sagte sie freue sich, dass ihre Nichte einen deutschen Freund gefunden habe mit dem sie viele Jahre in Verbindung stand und der nun Leningrad besucht. Sie wünsche sich, dass unsere Menschen und Völker in Frieden und Freund-

schaft miteinander leben. Für den Aufenthalt in ihrem Garten wünschte sie uns schöne Stunden, neigte nochmals den Kopf und verließ uns.

Dann stockte mir der Atem. Im Gartenhaus war der Tisch nach russischer Sitte gedeckt und was das heißt kann man nicht erklären; werden viele aus ihren Erinnerungen wissen. Ja diese Frau deckte einem Deutschen den Tisch, erwies ihm eindrucksvolle Gastfreundschaft und hielt gleichzeitig ihr Gelöbnis, nie einem Deutschen die Hand zu geben oder mit ihm an einem Tisch zu sitzen. Diese menschliche Größe hat sich bis heute in meinem Herzen erhalten wie auch viele andere Erlebnisse die ich später während einer zehnjährigen Tätigkeit in diesem Lande erfuhr. Und dann krähte anlässlich des 75. Jahrestages der Zerschlagung der Leningrader Blockade im Jahr 2018 ein Sender der den Namen Deutschland im Titel führt in einem „Beitrag“ zu den Feierlichkeiten, dass eine russische Militärparade in dieser Stadt wohl unpassend sei. Der schamlose in der Welt unrühmlich bekannte deutsche Lehr- und Zuchtmeister entblödete sich nicht an einem solchen Tag, seine Kleingeisterei über die zahlende Zuhörerschaft zu ergießen. Mag sein, dass dabei auch der Grimm darüber eine Rolle spielte, dass diese Stadt, das „Venedig des Nordens“ von deutschen Soldatenstiefeln nicht beschmutzt wurde.

Wolfgang Kroschel

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 27.01.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.02.2021

Einstellung im Internet: 05.03.2021

Auslieferung: 10.03.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;

Di u. Mi 9–15 Uhr

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317;

Di u. Mi 8–15 Uhr

Peter Ott – Tel.: (030) 29784315, Fax: (030) 29784320;

Di u. Do 8–14 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16